

## Verurteilung Burmas durch UN-Vollversammlung

Die UN-Vollversammlung hat am 5. Dezember 1992 erneut Burma wegen der Verletzung der Menschenrechte verurteilt und die Militärregierung aufgefordert, die Macht an die gewählte Partei abzugeben. Die Resolution wurde einstimmig angenommen, aber auf der Liste der Staaten die die Resolution eingebracht hatten, steht kein asiatisches Land.

Von Nachbarn Burmas wurde kritisiert, daß positive Entwicklungen in Burma nicht in die Resolution eingeflossen seien. Burmas Botschafter bei den Vereinten Nationen erklärte, der Text sei interventionistisch und mische sich in grober Weise in die internen Angelegenheiten seines Staates ein.

Menschenrechtsorganisationen, wie amnesty international, bestätigten aber die Be-

richte von massiven Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen und Folter. Im März vergangenen Jahres wurde aufgrund der anhaltenden ersten Menschenrechtssituation der japanische Prof. Yozo Yokota zum UN-Sonderberichterstatter ernannt.

Yokota flog am 7. Dezember nach Burma, um vor Ort die Lage zu untersuchen und Aung San Suu Kyi zu besuchen. Im Vorfeld hatte er einen Bericht für die Vollversammlung angefertigt. Weitere Stationen seiner Reise waren Flüchtlingslager in Thailand und Bangladesch. Der Bericht über diese Reise wird im März der Menschenrechtskommission in Genf vorgelegt.

vgl. MDA 9., 10.12.92; Resolutionstext; Bericht von Yozo Yokota; Burma Action Group News; eigene Quellen

## Waffenembargo verletzt

Das portugiesische Rüstungsunternehmen Industrias Nacionais de Defesa EP (Indep) soll mehrfach ein von der Europäischen Gemeinschaft gegen Burma verhängtes Waffenembargo verletzt haben. Westliche Sicherheitskreise berichteten der FAZ, Indep habe erst unlängst 20.000 60-mm und 81-mm-Mörsergranaten und Minen auf dem Seeweg an das südostasiatische Land geliefert. Schon 1990 habe es Anzeichen dafür gegeben, daß Indep das nach den blutigen Unruhen im Sommer 1988 verhängte Waffenembargo verletzt habe. Demgegenüber hatte die portugiesische Exportkontrollbehörde für Waffenexporte, Direcção Nacional de Armamento, mitgeteilt, die Indep habe keine Waffen an Burma geliefert; die Indep habe Endverbrauchszertifikate für Burma nicht vorgelegt. Si-

cherheitskreise berichten nun, zwischen der nichtstaatlichen Indep und der portugiesischen Regierung gebe es "enge Verflechtungen", die deutlich machen, warum die Indep "staatliche Rückendeckung" erhalte. Insgesamt gebe es eine "starke Verknüpfung des Rüstungsunternehmens Indep mit der portugiesischen Regierung".

Am Mittwoch werden in Brüssel im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit die Vertreter der zwölf EG-Staaten auf Beamtenebene zusammenkommen. Sie wollen bei ihren Gesprächen über die Zusammenarbeit zwischen der EG und den ASEAN-Staaten auch über die Verletzung des von der EG gegen Burma verhängten Waffenembargos sprechen, hieß es.

aus: FAZ 8.12.92

## Repatriierung der Rohingyas hat begonnen

Die Rückführung nach Bangladesch geflüchteter Rohingyas, einer muslimischen Minderheit in Burma, hat im September letzten Jahres begonnen. Bis Anfang Februar wurden über 18.000 der schätzungsweise 300.000 Geflohenen repatriert. Nach Verhandlungen zwischen der Regierung Bangladeschs und dem Hohen Kommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) hat letzterer die Erlaubnis bekommen, sicherzustellen, daß die Menschen freiwillig nach Burma zurückkehren. Die Mehrheit der Flüchtlinge weigert sich aufgrund der brutalen Verfolgung und Unterdrückung durch das burmesische Militär, zurückzugehen, da sie befürchten, ohne internationale Aufsicht in Burma erneut den Repressalien des SLORC ausgesetzt zu sein. Da Bangladesch mit Burma die zwangsweise Repatriierung der Menschen ausgehandelt hatte, hatte es in den vergangenen Monaten mehrfach gewalttätige Ausschreitungen in den Lagern zwischen Flüchtlingen und der Polizei Bangla-

deschs gegeben, die mehreren Personen das Leben kosteten.

Ein weiterer Auslöser für die Ausschreitungen ist die schlechte Versorgungslage in den Flüchtlingslagern.

vgl. SOAa Jan 93; The Burma Focus Vol.3 No.4, Feb 93; BP 1.2.93

## Nationalversammlung

Am 9. Januar trafen in Rangun 699 vom SLORC bestimmte Delegierte zu einem Nationalkonvent zusammen, um den Verfassungsentwurf des SLORC zu beraten. Die Versammlung wurde bereits am zweiten Tag wieder aufgelöst. Nach Angaben des SLORC sollten die Delegierten Gelegenheit haben, die Unterlagen zu studieren. Auch das zweite Treffen im Februar brachte nach Aussagen von Diplomaten keine Fortschritte.

(siehe auch Artikel "Erklärung zur Vorlage auf der Nationalversammlung" [S. 27] und "NLD fordert die Nationalversammlung des Militärs heraus" [S. 31])

vgl. Burma Action Group News Jan 93; BP 10.2.93

## Aungban-Loikaw-Eisenbahnstrecke eröffnet

Am 7. Januar eröffnete der deutsche Botschafter von Marschall in seiner Eigenschaft als Doyen (Rangältester des diplomatischen Korps) ein 48 Meilen langes Teilstück der Eisenbahnstrecke, die von Loikaw im Kayah-Staat bis nach Aungban im Shan-Staat führen soll.

Der Streckenabschnitt wurde in 16 Monaten fertiggestellt und führt über 139 Brücken. Die staatliche Tageszeitung *Working People's Daily* (WPD) berichtet, daß am Bau der Strecke 800.000 Menschen beteiligt waren: Arbeiter, Soldaten und "Freiwillige". Die Freiwilligen seien aus nahe gelegenen Dörfern gekommen, "in dem Bewußtsein, daß ihre Arbeit für ihr eigenes Wohl" sei. "Der Staat zeigte sich für die Kooperation der Massen, die mit ganzem Herzen dabei waren, erkenntlich, indem er ihnen einen Lohn gab, der sich an der Menge der ausgehobenen Erde bemesselt. Der Staat hat daraufhin Maßnahmen ergriffen, um dieses Geld für den Aufbau von Gemeinschaftsstrukturen zu verwenden, die von der örtli-

chen Bevölkerung gefordert und gewünscht wurden", so WPD.

Der Bau der Eisenbahnstrecke soll nach Angaben des SLORC eines der vier wichtigsten Ziele der Militärregierung erfüllen, nämlich die Errichtung und Sicherung von Kommunikationswegen, sowie die Durchführung des *Planes zur Entwicklung der Nationalitäten im Grenzgebiet*.

Ein Unterstützer der Opposition, der im Grenzgebiet Berichte von Männern und Frauen sammelt, die vor der Zwangsarbeit und Zwangsumsiedlungsmaßnahmen des SLORC geflohen sind, kritisierte scharf die Anwesenheit Botschafter von Marschalls und anderer Diplomaten bei der Eröffnung. Es gäbe genug verlässliche Berichte, daß der Eisenbahnabschnitt mit Zwangsarbeit und unzähligen Todesopfern gebaut worden sei. Selbst die WPD bestätigte mit ihrem Bericht indirekt die Zwangsarbeit.

vgl. WPD 9., 10.1.93; eigene Quellen

## Aktion von Friedensnobelpreisträgern für Aung San Suu Kyi

Insgesamt acht Friedensnobelpreisträger und -trägerinnen unterstützten im Februar eine Aktion, die vom International Centre for Human Rights and Democratic Development/Kanada und der Association Suisse-Birmanie organisiert wurde, um die Weltöffentlichkeit auf die Lage Aung San Suu Kyis aufmerksam zu machen.

Die Einreise nach Burma wurde ihnen zwar verwehrt, aber in Thailand hatten sie Gelegenheit zu Treffen mit burmesischen Flüchtlingen.

China hatte sich zwar vehement für ein Einreiseverbot des Dalai Lamas nach Thailand eingesetzt, aber der thailändische Premierminister Chuan Leekpai setzte sich gegen die Militärs seines Landes durch, die China nicht provozieren wollten.

Am 20. Februar flog die Gruppe nach Genf, um vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen Bericht zu erstatten.

Ihr Aufruf an die Vereinten Nationen, dem SLORC den UN-Sitz abzuerkennen, unterstützten Michail Gorbatschow und Mutter Theresa schriftlich. Weiter forderten sie die Internationale Gemeinschaft auf, ein internationales Waffen- und Wirtschaftsembargo gegen Burma auszurufen und die Militärs in Burma politisch zu isolieren. Ein besonderer Appell erging an die ASEAN-Staaten, die bisher eine Politik des "konstruktiven Engagements" mit Burma betreiben.

Die Militärs in Burma reagierten wie üblich: die Aktivitäten seien geplant, um gemeinsam mit "terroristischen Insurgenten" Frieden und Stabilität des Landes zu stören. Das Einreiseverbot begründeten sie mit einem Gesetz, welches dem Militär erlaube, Besuche bei Gefangenen zu untersagen.

vgl. taz, FR, NZZ 15.2.93-24.2.93;  
MDA 24.2.93;  
TN/BP 17., 18., 19., 20., 21.2.92;  
eigene Quellen



Die Friedensnobelpreisträger in Bangkok aus: FEER v. 4.3.1993, S. 10

## Versammlung der Opposition

Vom 4. bis zum 8. Januar trat in Manerplaw erstmals der National Council of the Union of Burma (NCUB) zusammen. Das De-facto-Parlament, das im August vergangenen Jahres gegründet wurde, verurteilte den Nationalkonvent des SLORC als "Betrug". Der NCUB setzt sich aus Mitgliedern der Gegenregierung (National Coalition Government of the Union of Burma, NCGUB), dem größten Oppositionsbündnis (Democratic Alliance of Burma, DAB), der Nationalen Demokratischen Front (NDF) und der Nationalen Liga für Demokratie, Befreite Gebiete (NLD-LA) zusammen.

Der NCUB erklärte die Bereitschaft, die Genfer Konventionen von 1949 und die ergänzenden Protokolle von 1977 anzuerkennen. Die Ergänzungsprotokolle regeln bewaffnete landesinterne Konflikte. Der SLORC hatte im August lediglich die Konventionen von 1949 unterzeichnet.

Der NCUB beriet außerdem die dritte überarbeitete Version eines Verfassungsentwurfes der Opposition.

Presseerklärung des NCUB; Burma Alert, Jan. 1993; eigene Quellen

## Warnung an burmesische Studenten in Thailand

Bisher sind erst 15 der 516 burmesischen Studenten in Thailand in das sog. Sicherheitslager eingezogen. Die meisten Studenten und Studentinnen weigern sich, da sie eine Abschiebung oder zumindest die Unterbindung ihrer politischen Aktivitäten in dem von thailändischen Behörden kontrollierten Lager befürchten. Der UNHCR hat die monatliche Unterstützung von 2500 Baht bei den 516 für das Lager registrierten Studenten eingestellt und überweist das Geld nun dem thailändischen Innenministerium. Asiawatch wirft dem UNHCR vor, die Studenten und Studentinnen in das Lager zwingen zu wollen.

Die thailändische Polizei hat inzwischen angekündigt, jeden Studenten, der außerhalb des Lagers ohne gültige Papiere aufgegriffen wird, als illegalen Einwanderer zu behandeln.

In der Regierung werden dagegen Stimmen laut, die Unterstützung und nicht Kontrolle der Studenten fordern, denn man müsse auf die zukünftigen Beziehungen der Menschen beider Länder und weniger auf die augenblicklichen Beziehungen der beiden Regierungen schauen.

vgl. Burma Update No.28 Jan 93; BP 1., 4.2.93

## Kurzmeldungen

Myanmar Airways und Highsonic Enterprise Private Ltd. (Singapur) unterzeichneten am 19.2.93 ein Abkommen über die Gründung der Myanmar Airways International. Burmas Verkehrsminister, Thein Win, bewertete das **erste Luftfahrt-Joint venture** als Reaktion auf Veränderungen der Wirtschaft und die wachsende Tourismusindustrie. (MDA 24.2.93)

Auf der Grundlage eines Abkommens vom Juni 1992 zwischen Burma, China und dem UNDCP (UN-Drogenkontrollprogramm), das die **Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels** in der Grenzregion zum Ziel hat, sind Vertreter beider Länder erneut in China zusammengekommen, um weitere Schritte zu beraten. (MDA 11.2.93)

Die Kachin Independence Organisation (KIO) hat erklärt, sie werde **unter keinen Umständen Verhandlungen im Alleingang mit dem SLORC** aufnehmen. Die KIO will damit alle anderslautenden Gerüchte aus der Welt räumen. (Presseerklärung der KIO, 25.2.93)

Im Rahmen der Amnestie des SLORC (SLORC Order 11/92) vom April letzten Jahres sind weitere **131 politische Gefangene freigelassen** worden. Damit hat sich bis Mitte Februar die Zahl der freigelassenen politischen Gefangenen, die vom SLORC als ungefährlich für die Sicherheit des Landes eingestuft werden, auf 1340 erhöht. Im selben Zeitraum wurden über **2200 gewöhnliche Straftäter aus der Haft entlassen**. (MDA 15.2.93; SOAA Jan 93)

**Thailand und Burma einigten sich über den umstrittenen Verlauf eines 20 Kilometer langen Grenzabschnitts.** Im Dezember hatte es Zusammenstöße zwischen beiden Armeen gegeben. Eine thailändische Delegation zeigte sich nach den Verhandlungen zufrieden. (BP 22.2.93)